

N° 222 | Oktober 2013

Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume



 Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
Groupement suisse pour les régions de montagne
Gruppo svizzero per le regioni di montagna
Gruppo svizzero per las regions de montagna

CH-5001 Bern | Sélerstrasse 4 | Tel. 031 360 10 10 | Fax 031 360 10 16
Internet: <http://www.sab.ch> | E-Mail: info@sab.ch | Postkonto 50-6460-5

Impressum:

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Seilerstrasse 4
Postfach 7836
3001 Bern

Bern, September 2013

Inhalt

Weshalb braucht die Schweiz eine Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume?.....	5
Theo Maissen, Ehrenpräsident der SAB	
Der Prozess zur Erarbeitung der Strategie des Bundes.....	10
Annette Christeller Kappeler	
Eine markoregionale Strategie für den Alpenraum? Welche Lehren ergeben sich daraus für die Strategie der Schweiz?	14
Prof. Erik Gloersen	
Montagne 2040 – Der Ansatz der Region Rhône-Alpes.....	22
Philippe Dhenein	
Eine räumliche Strategie für die alpin geprägten Regionen.....	24
Fadri Ramming	
Ergebnisse der Gruppenarbeiten an der Fachtagung der SAB vom 30. August 2013 in Glarus.....	31
Thomas Egger	
Medienspiegel.....	34

Hinweis:

Das Referat von Frau Heike Mayer zum Thema „Von den Herausforderungen für die Berggebiete und ländlichen Räume zu einer Strategie des Bundes“ darf leider nicht publiziert werden.

Programm:

Fachtagung: „Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume“

- 09.30 Weshalb braucht die Schweiz eine Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume?
Dr. Theo Maissen, Ehrenpräsident der SAB
- 09.45 Der Prozess zur Erarbeitung der Strategie des Bundes
Annette Christeller Kappeler, Ressort Regional- und Raumordnungspolitik des Seco
- 10.00 Von den Herausforderungen für die Berggebiete und ländlichen Räume zu einer Strategie des Bundes
Prof. Heike Mayer, Professorin für Wirtschaftsgeographie, Universität Bern
- 11.00 Eine markoregionale Strategie für den Alpenraum? Welche Lehren ergeben sich daraus für die Strategie der Schweiz?
Prof. Erik Gloersen, Professor für Geographie, Universität Genf.
- 11.15 Montagne 2040 – Der Ansatz der Region Rhône-Alpes
Philippe Dhenein, Stellvertretender Generaldirektor für Raumentwicklung der Région Rhône-Alpes
- 11.30 Eine räumliche Strategie für die alpin geprägten Regionen
Fadri Ramming, Generalsekretär der Regierungskonferenz der Gebirgskantone
- 11.45 Diskussion
- 13.30 Beiträge der Tagungsteilnehmer zu spezifischen Fragestellungen:
1) Wie soll die Vision des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume lauten?

2) Welche Ziele sollen mit der Strategie angestrebt werden und wie können diese Ziele aufeinander abgestimmt werden?

3) Wie - mit welchen Instrumenten und Massnahmen - können diese Ziele erreicht werden?
- 14.45 Präsentation der Ergebnisse aus den Diskussionen
- 15.15 Schlusswort: Ständerat Isidor Baumann, Präsident der SAB
- 15.30 Ende der Tagung
-

Weshalb braucht die Schweiz eine Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume?

Theo Maissen, Ehrenpräsident der SAB

Die Fragestellung im Titel führt vorerst zur Grundsatzfrage, weshalb braucht es im politischen Handeln überhaupt Strategien. Was ist, was soll der Inhalt einer politischen Strategie sein? Der Ursprung des Begriffes „Strategie“ geht auf das altgriechische Wort *strategos* zurück, was Feldherr oder Kommandant bedeutet. Damit ist das Wesentliche bereits ausgesagt. Heute versteht man i.w.S. unter Strategie „der Entwurf und die Durchführung eines Gesamtkonzeptes, nach dem der Handelnde (in der Auseinandersetzung mit anderen) ein bestimmtes Ziel zu erreichen sucht“ (Schweizer Lexikon Band 6, S. 123), wobei das längerfristig ausgerichtete Anstreben des Ziels oder der Ziele unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Ressourcen erfolgen soll. Dies im Gegensatz zur Taktik, welche die planvollen Einzelschritte im Rahmen eines Gesamtkonzeptes beinhaltet. Strategisch bestimmtes Vorgehen bedeutet demzufolge nichts anderes als „Handeln mit Vernunft“.

Es ist nicht so, dass es auf Bundesebene keine Strategien bzw. Konzepte gäbe, denen eine strategische Struktur zugrunde liegt. Gibt man in www.parlament.ch in der Suchroutine den Begriff Strategie ein, erhält man Hunderte entsprechende Verweise. Es liegen auch konkret ausgewiesene Strategien vor, genannt können beispielhaft werden:

- die Nachhaltigkeitsstrategie
- die Wachstumsstrategie Tourismusstandort Schweiz
- „Die strategische politische Steuerung des Bundesrates“, Bericht der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle vom 16./26. Februar 2010.

Ganz abgesehen von der Bedeutung strategischer Konzepte im militärischen Bereich, wie sie spätestens seit der Publikation „Vom Kriege“ des preussischen Generals und Militärtheoretikers Carl von Clausewitz (1780-1831) zum Instrumentarium von jedem Generalstab gehören.

Negativ formuliert bzw. das Nichtvorhandensein einer Strategie kann mit dem Spruch von Mark Twain (Pseudonym des US-amerikanischen Schriftstellers Samuel Langhorne Clemens, 1835-1910) beschrieben werden: „Als wir das Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen.“

Auch für das schweizerische Berggebiet fehlt es nicht an strategischen Konzepten. Ein Markstein bildete diesbezüglich ohne Zweifel das sogenannte gesamtwirtschaftliche Entwicklungskonzept. Diese Expertise beinhaltete eine umfassende Lageanalyse sowie Grundlagen eines gesamtwirtschaftlichen Entwicklungskonzeptes für das Berggebiet (Flückiger Hans, Gesamtwirtschaftliches Entwicklungskonzept für das Berggebiet, Bern 1970). In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg machte sich mehr und mehr der Mangel eines zeitgerechten schweizerischen Entwicklungskonzeptes besonders für das Berggebiet bemerkbar. 1966 nahm der Bundesrat die beiden gleichlautenden Motionen Brosi/Danioth, die ein gesamtwirtschaftliches Entwicklungskonzept für das Berggebiet forderten, entgegen. Zahlreiche parlamentarische Vorstösse waren in der Folge eingegangen, darunter am 26. September 1972 die Motion von Ständerat Vincenz (nachmaliger Präsident der SAB in den Jahren 1978-1991), die den Bundesrat u.a. einlud, den eidgenössischen Räten Bericht und Antrag über die Schaffung eines nationalen Investitionsfonds zur Entwicklung der wirtschaftlich zurückgebliebenen Regionen zu unterbreiten. Diese Aktivitäten bildeten die massgebenden Grundlagen für die Schaffung des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete vom 28. Juni 1974 (IHG, in Kraft gesetzt auf den 01. März 1975). Dieses Gesetz forcierte eine strategisch ausgerichtete Politik der Infrastrukturförderung auf der Basis von institutionalisierten Trägern in bereits vorhandenen oder noch zu bildenden Regionen.

Anbetrachts früherer diesbezüglicher Aktivitäten in Politik (erste konkrete politische Vorkehren wurden bereits in den 30-iger Jahren des letzten Jahrhunderts ergriffen, ausgelöst durch eine Motion betreffend Massnahmen gegen die Entvölkerung der Berggebiete 1926 von Nationalrat Georg Baumberger, 1855-1931, Journalist und Schriftsteller sowie Politiker in katholisch-konservativen Parteien) und Forschung wie auch das gesamtwirtschaftliche Entwicklungskonzept, kann die Schweiz auf eine grosse Tradition in der Berggebietspolitik zurückblicken. Die Schweiz galt im europäischen Alpenraum lange führend in diesem Bereich.

Das IHG wurde 2008 abgelöst durch die Neue Regionalpolitik NRP (Bundesgesetz über Regionalpolitik vom 06. Oktober 2006, in Kraft gesetzt auf den 01. Januar 2008). Mit der NRP sollen die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Aktivitäten verbessert, Innovationen, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gefördert werden. Mit der NRP hat jedoch die Regionalpolitik ihren früheren, unter dem IHG gestützten integrativen Charakter weitgehend verloren. So haben die Regionen als institutionalisierte Akteure in der Förderungspolitik nicht mehr dieselbe Position wie unter dem IHG.

Wenn auch dem gesamtwirtschaftlichen Entwicklungskonzept wie auch der NRP strategische Optionen zugrunde lagen, ist festzuhalten, dass Strategien nicht ein für alle Mal gelten, sondern dass diese immer wieder überdacht, neu formuliert und den

geänderten Umständen angepasst werden müssen. Zu erkennen ist heute, dass sich die Rahmenbedingungen und das Umfeld in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für die Zukunft der Berggebiete und die ländlichen Räume in der Schweiz im Laufe der letzten Jahre entscheidend geändert haben. Ohne Vollständigkeit zu beanspruchen seien erwähnt:

- die fortschreitende Konzentration von Bevölkerung und Wirtschaft in den Wirtschaftszentren, Agglomerationen und Metropolitanräumen (während langer Zeit konnte in Referaten von einer Drittelsstruktur ausgegangen werden, wonach das Berggebiet zwei Drittel der Landesfläche belegt, die von einem Drittel der Bevölkerung bewohnt wird, heute ist der Anteil an der Landesfläche dieselbe, jedoch leben lediglich noch ein Viertel der Bevölkerung im Berggebiet, mit einer u.a. daraus resultierenden Verschiebung der politischen Mehr- und Minderheiten)
- neue und den Zeitbedürfnissen entsprechende Grundversorgung im Sinne der Gewährleistung einer Chancengleichheit
- Klimawandel
- Energiewende
- ein neuer, in der Volksabstimmung vom 11. März 2012 angenommener Verfassungsartikel über den Zweitwohnungsbau.

Schliesslich ist aus raumordnungspolitischer Sicht zu fragen, wie sinnvoll es ist, dass einerseits weitere Ballungen von Haushalten und Unternehmen entstehen verbunden mit wachsenden Kosten der Enge, andererseits aber bereits schwach besiedelte Räume sich weiter entleeren und zunehmend Kosten der Weite verursachen. Dies ist eine suboptimale Nutzung der knappen Ressource des Lebens- und Wirtschaftsraumes Schweiz. Es macht deshalb auch Sinn, sich mit den Problemstellungen der Berggebiete in Verbindung mit den ländlichen Räumen ausserhalb des Berggebietes zu befassen, denn in meiner parlamentarischen Tätigkeit habe ich immer wieder erfahren, dass Gemeinden und Regionen innerhalb der Berggebiete und solche in ländlichen Gebieten ausserhalb der Berggebiete denselben Schwierigkeiten gegenüber stehen, so u.a. in Belangen der Ausgestaltung von Angeboten in der Grundversorgung. Im Parlament wie auch unter den Regionen gilt es deshalb Allianzen über das Berggebiet hinaus aufzubauen, um sich ein erfolversprechendes politisches Gehör zu wahren oder, soweit erforderlich, sich dieses verstärkt zu verschaffen.

In verschiedener Hinsicht fehlen heute auf die - wegen des erfolgten und sich in Gang befindlichen Wandels - neuen Herausforderungen die politischen Antworten. Notwendig ist ein übergeordneter strategischer Rahmen mit Bezug auf den stattfindenden Wandel in Wirtschaft, Demografie und Politik. Der Bundesrat anerkennt dieses Erfordernis durchaus. So hat der Bundesrat bei der Beratung der umstrittenen Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention im Ständerat gegenüber dem intervenierenden Bündner Ständerat Christoffel Brändli angekündigt, dass er bereit sei, eine Motion bezüglich der Entwicklung der Berggebiete und der ländlichen

Räume zur Sicherstellung einer langfristigen Besiedelung, von Erwerbsmöglichkeiten, wirtschaftlicher Diversität, zur Beseitigung von Strukturschwächen sowie Wahrung der Chancengleichheit entgegenzunehmen. Wörtlich führte Bundesrat Moritz Leuenberger aus: „Ich verstehe Sie ja. Sie haben eine Motion angekündigt. Von mir aus können Sie diese Motion gerne schon jetzt einreichen. Wir sind nicht nur bereit, sie anzunehmen, wir sind selbstverständlich auch bereit, sie zu erfüllen“ (Amtliches Bulletin des Ständerates vom 02. Juni 2010).

Am 24. Oktober 2012 verabschiedete der Bundesrat das Raumkonzept Schweiz. In der Medienmitteilung des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE über diese Beschlussfassung (www.are.admin.ch/dokumentation) wird ausgeführt, dass bis zur Publikation des Raumkonzeptes anfangs 2013 erste Vorschläge vorliegen sollen wie Bund, Kantone, Städte und Gemeinden in Bereichen vorgehen wollen, die eine besondere Zusammenarbeit erfordern. Wörtlich wird anschliessend ausgeführt: „Dazu gehören die Formulierung einer Gesamtstrategie für den ländlichen Raum (...).“ Damit bekennen sich der Bundesrat und die weiteren Trägerorganisationen des Raumkonzeptes Schweiz, der Schweizerische Gemeindeverband (SGV), der Schweizerische Städteverband (SSV) sowie die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), dazu, dass auch für diese Räume eine kohärente Strategie zu entwickeln ist. Mit der Erfüllung oder Nichterfüllung dieses Auftrages ist die Glaubwürdigkeit des Raumkonzeptes Schweiz herausgefordert.

Im Zentrum einer Strategie des Bundes für die Berggebiete und die ländlichen Räume hat eine bessere Koordination und vertikale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren im Berggebiet und ländlichen Raum zu stehen, was interessanterweise auch die Tripartite Agglomerationskonferenz in ihrem Bericht „Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raumes“ fordert (Berz Hafner + Partner AG, Bericht zu Handen der Tripartiten Agglomerationskonferenz TAK vom 29. Juni 2009). Festzuhalten ist, dass gelegentliche Treffen von einigen Bundesämtern nicht genügen, um diesen Koordinationsauftrag zu erfüllen bzw. daraus ein strategisches Handeln abzuleiten. Zumal das Erfordernis einer strategisch ausgerichteten Politik für die Berggebiete sich auch auf Grund von Artikel 50 Absatz 3 der Bundesverfassung ergibt, der verlangt, dass der Bund auf die besondere Situation der Berggebiete Rücksicht nimmt.

Ein Gedanke zum Schluss: Die Einheit in der Vielfalt bildet nicht nur das Wesentliche unserer Identität, sondern ist zentral für das politische und kulturelle Selbstverständnis der Schweiz. Die Vielfalt - und dazu gehören wesentlich die Berggebiete und die ländlichen Räume - hat für uns alle einen besonderen Wert. Sie ist ein Merkmal der Willensnation Schweiz, festgelegt im Zweckartikel der Bundesverfassung (BV Art. 2 Abs.2). Ohne ein klares Bekenntnis zur Vielfalt wäre die Schweiz kulturell, gesellschaftlich und politisch ärmer. Und politisch kann ich mir eine Schweiz, die sich nicht zur Vielfalt und der Gliederung in starke, selbstbewusste

Regionen bekennt, schon gar nicht vorstellen. Aber nicht nur das: Es würde uns auch wirtschaftlich schlechter gehen! Es lässt sich empirisch belegen, dass kulturelle, dezentral gegliederte und politische Vielfalt sich auf Dauer auch ökonomisch auszahlt. Es sind demzufolge auch staatspolitische und makroökonomische Gründe, dass wir uns mit einer nationalen Strategie für die Berggebiete und die ländliche Räume auseinandersetzen.

In diesem Sinne wünsche ich eine erfolgreiche Fachtagung und danke für die Aufmerksamkeit.

Der Prozess zur Erarbeitung der Strategie des Bundes

Annette Christeller Kappeler



Inhaltsübersicht

1. Auftrag
2. Erwartungen
3. Abstimmung
4. Organisation

Fachtagung SAB, 30. August 2013
WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

2



Auftrag: Parlament

- **Motion Maissen: «Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume»**
 - Annahme SR am 20.12.2011
 - Annahme NR am 11.6.2012
 - Federführung WBF/SECO
 - Input SAB zur inhaltlichen Fokussierung auf sozio-ökonomische Bereiche
- **BB vom 15.6.2012 über die Legislaturplanung 2011-2015: Neue Massnahme 63: «Entwicklung einer umfassenden Politik des ländlichen Raumes»**
 - Federführung UVEK/ARE

Fachtagung SAB, 30. August 2013
WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

3



Auftrag: Chef WBF

- **Auftrag des Departementschefs WBF vom 4.9.2012:**
 - Umsetzung der Motion bis Ende 2014 gemäss Antragsnotiz SECO
 - Abstimmung mit dem Legislaturplanungs-Projekt des ARE unter Einbezug des Bundesnetzwerks ländlicher Raum
- **Aussage des Departementschefs WBF in der Herbst-session:**
 - Erarbeitung des Strategiepapiers erfolgt bis Ende 2013/Anfang 2014

Fachtagung SAB, 30. August 2013
WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

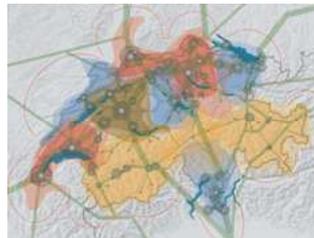
4



Erwartungen: Orientierungsrahmen

Raumkonzept Schweiz

- Gemeinsam handeln
- Denken, Planen und Umsetzen in Handlungsräumen
- Bundesverwaltung hat Auftrag, ihre Tätigkeiten gemeinsam mit den Partnern an diesem Konzept zu orientieren



Fachtagung SAB, 30. August 2013
WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

5



Erwartungen: Agglopolitik

Die Strategie für die Agglomerationspolitik des Bundes umfasst fünf Handlungsachsen:

1. Sektorielle Politiken des Bundes: besondere Bedürfnisse des urbanen Raums berücksichtigen und besser koordinieren.
2. Zusammenarbeit Bund - Kantone – Städten/Gemeinden verbessern.
3. Bund schafft Anreize für eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Agglomerationen, zwischen den Städten resp. den Agglomerationen
4. Einbindung Städte- und Agglomerationsnetz in das europäische Städtenetz.
5. Informationsarbeit, Förderung des Erfahrungsaustausches.



→ Agglopolitik ist weitestgehend GOVERNANCE-Strategie

Fachtagung SAB, 30. August 2013
 WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

6



Abstimmung: Botschaft SF 2016-2019

2013				2014				2015			
Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Evaluationen											
Grundlagen											
Strategie Berggebiete + ländl. Räume											
						Botschaft SF (inkl. MJP NRP 2016+)					
							ÄK				
								BRB/Parlament			

ÄK: Ämterkonsultation BRB: Bundesratsbeschluss

Fachtagung SAB, 30. August 2013
 WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

7



Organisation: Beteiligte

- Projektleitung:
 - SECO
- Erarbeitung fachlicher Inputs:
 - Heike Mayer, Prof. Geografisches Institut Uni Bern
 - Weitere Experten der Uni Bern und Genf
- Moderation Workshops der Strategiegruppe:
 - Paul Messerli, em. Prof. Uni Bern
- Strategiegruppe:
 - VDK, SGV, SAB
 - Bundesnetzwerk LR (ARE, BLW, BAFU, SECO/Regionalpolitik und SECO/Tourismus)

Fachtagung SAB, 30. August 2013
WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

8



Organisation: Strategieerarbeitung

- Expert/innen: Fachlicher Input für jede Etappe
- Strategiegruppe: Diskussion der Inputs in max. 6 Workshops (Nov. 2012 – ca. Feb. 2014)
- Feedbackrunde und Bereinigung nach den Workshops
- Kontinuierliche Abstimmung mit Legislaturplanungsprojekt
- Resultat: Strategiepapier mit Anhängen
- Integration der konkreten Entwicklungsmassnahmen in Botschaft Standortförderung 2016-19.

Fachtagung SAB, 30. August 2013
WBF/SECO/DSRE – A. Christeller Kappeler

9

Eine markoregionale Strategie für den Alpenraum? Welche Lehren ergeben sich daraus für die Strategie der Schweiz?

Prof. Erik Gloersen



L'élaboration d'une stratégie pour l'espace alpin

Groupe d'experts composé de six chercheurs des différents pays alpins.

Objectifs :

- élaborer une stratégie de long terme
- identifier les priorités pour l'espace alpine

Afin de :

- préparer le futur Programme espace alpin 2014-2020
- contribuer au débat sur une possible stratégie macrorégionale alpine



Les stratégies macrorégionales en Europe

Trois stratégies adoptées:

- Mer baltique
- Danube
- Mers adriatique et ionienne

Différentes stratégies envisagées:

- Mer du Nord
- Espace Atlantique
- Alpes



Les stratégies macrorégionales en Europe

Principes initiaux :

- « Trois nons »: ni fonds publics additionnels, ni législation supplémentaire, ni institutions nouvelles
- « opportunités ou problèmes très spécifiques et clairement identifiés par rapport auxquels les régions et les pays ne peuvent agir de manière satisfaisante de manière isolée ».

Évolution :

- Une orientation thématique de plus en plus large;
- Des objectifs moins clairement identifiés;
- Un certain opportunisme par rapport aux aides communautaires

→ Au final, une reproduction des programmes INTERREG B?



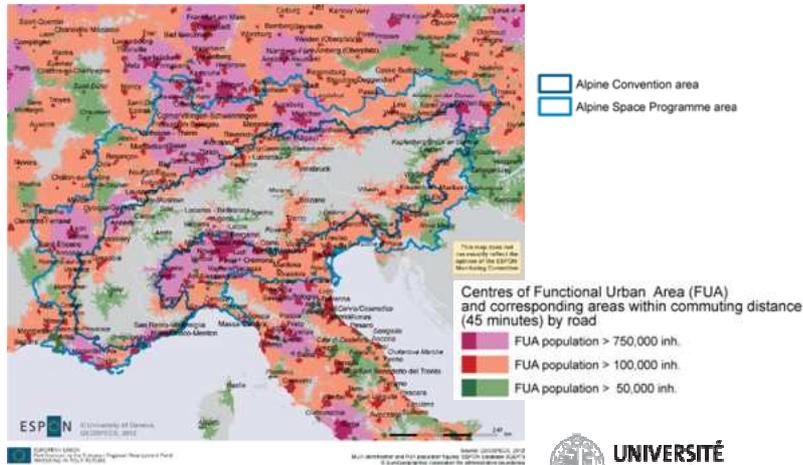
Les initiatives macrorégionales alpines

- La Convention alpine
- Les régions alpines (« Arge Alp ++ »)

→ Les questions liées au sens de la coopération alpine et de son organisation n'ont pas encore trouvé de réponse satisfaisante

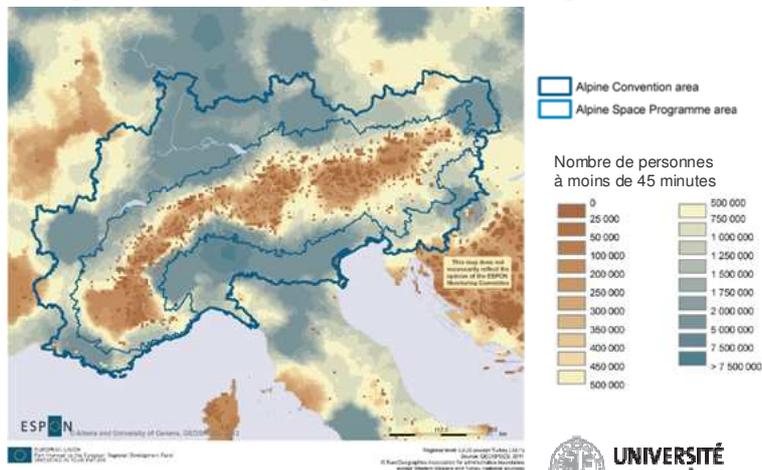


La place des Alpes en Europe



UNIVERSITÉ DE GENÈVE
FACULTÉ DES SCIENCES ÉCONOMIQUES ET SOCIALES
Département de géographie

La place des Alpes en Europe



UNIVERSITÉ DE GENÈVE
FACULTÉ DES SCIENCES ÉCONOMIQUES ET SOCIALES
Département de géographie



Les fonctions des «Alpes» comme niveau d'action politique

Nécessaire prise en compte des attentes différentes
des acteurs « péri-alpins » et « alpins ».

Différentes fonctions possibles des action au niveau alpin:

- Lobbying
- Coordination horizontale
- Harmonisation
- Transfert de bonnes pratiques
- Contribution à l'intégration européenne
- Gestion des défis et opportunités à l'échelle du massif alpin



Préconisations pour une démarche macrorégionale

(1) Se baser sur l'existant :

- une Convention alpine qui a besoin d'être complétée
en tenant mieux compte des attentes des habitants et
entreprises des Alpes;

- un Programme espace alpin qui rencontre des limites
dans la mise en œuvre des préconisations élaborées
par les projets passés

(2) Tenir compte du fait que le défi premier pour les Alpes
concerne sa gouvernance.





Préconisations pour une démarche macrorégionale

- (3) Proposer une « **initiative** macrorégionale » plutôt qu'une « stratégie »:
- Sélectionner 1 ou 2 thématiques « test »
 - S'accorder sur des objectifs « SMART »
 - Mettre en place un plan d'action, un financement et des mécanismes de pilotage et de gestion

Objectifs:

- s'assurer de l'engagement des parties prenantes;
- générer un résultat concret, en guise d'exemple du potentiel de la coopération alpine
- réunir les acteurs alpin dans une démarche concrète et opérationnelle, et non des discussions générales



UNIVERSITÉ
DE GENÈVE

FACULTÉ DES SCIENCES
ÉCONOMIQUES ET SOCIALES
Département de géographie



Préconisations pour une démarche macrorégionale

- (4) En cas de succès de « **l'initiative** macrorégionale », envisager l'adoption d'une « stratégie ».



UNIVERSITÉ
DE GENÈVE

FACULTÉ DES SCIENCES
ÉCONOMIQUES ET SOCIALES
Département de géographie



Préconisations pour une démarche macrorégionale

Écueils à éviter:

- Consultation insuffisante, conduisant à une initiative dans laquelle certains acteurs alpins ne se reconnaissent pas;
- Mise en place d'une « organisation macro-régionale » qui ait intérêt à s'auto-perpétuer
- Initiative qui ne tient pas compte des acquis de la Convention alpine, ou des instruments et projets du Programme espace alpin



Conclusions Enseignements pour la Suisse

L'intégration alpine revêt une importance particulière pour la Suisse, en ce qu'elle permet un rapprochement avec le voisinage communautaire.

La Suisse pourrait jouer un rôle plus proactif dans l'orientation de la coopération alpine, en mettant l'accent sur les actions et objectifs concrets plutôt que les déclarations de principe.

Question centrale :

À quoi le « niveau alpin » devraient-il servir du point de vue Suisse?





Forces et processus externes les plus importants pour les Alpes

1. Changement climatique
2. Tensions sur le marché de l'énergie
3. Globalisation économique
4. Émergence d'une société de l'information
et d'une économie de la connaissance
5. Changements socio-démographiques
6. Mobilité accentuée des personnes et des marchandises



Champs d'intervention stratégiques

1. Organisation spatiale, transports et gestion de la mobilité
2. Modèles de développement pour les territoires en déclin
3. Accessibilité: fracture numérique et accès physique
4. Modèle de basse-consommation et innovation
dans les secteurs de l'énergie et de l'eau
5. Production à faible émission de carbone,
énergies renouvelables et utilisation du sol
6. Préservation de l'intérêt général dans une contexte de
compétition accrue pour l'eau
7. Aspects territoriaux de l'agriculture et de la foresterie
8. Conditions-cadres pour les jeunes entreprises
et pour l'entrepreneuriat
9. Coopération en R&D, réseaux d'universités
et d'instituts de recherche privés.
10. Innovations permettant l'émergence
d'un tourisme durable



Champs d'intervention stratégiques

11. Le patrimoine matériel et immatériel comme ressource potentielle
12. Cycles économiques régionaux et réseaux
13. Services sociaux et leur impact sur la qualité de vie
14. Innovation et adaptation des infrastructures dans une société vieillissante
15. Gestion régionale et intergénérationnelle des ressources humaines
16. Diversité des modes de vie et modèles de développement économique
17. Capacités de gouvernance
18. Pressions environnementales spécifiques dans les centres urbains
19. Entretien et développement durable des paysages
20. Biodiversité alpine, perte des habitats et fragmentation



Objectifs stratégiques à l'échelle des Alpes

1. Accès équilibré et équitable aux services d'intérêt général
2. Des Petites et Moyennes Entreprises (PME) innovantes et dynamiques et plus d'entrepreneuriat
3. Les traditions alpines et la diversité sociale fonctionnant comme des atouts pour les communautés
4. Une gestion durable de la biodiversité et des paysages
5. Une gestion ressources et des modes de production durable
6. Un partage des responsabilités et une coopération équitable entre les territoires alpins.



Montagne 2040 – Der Ansatz der Region Rhône-Alpes

Philippe Dhenein

Das Projekt „Montagne 2040“ wurde am 27. Januar 2012 lanciert und hat sich zum Ziel gesetzt, die wichtigsten zukünftigen politischen Themen für die Berggebiete der Region Rhône-Alpes zu definieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Interessen und Meinungen der Jugendlichen, denn sie werden schliesslich dann die Akteure von morgen sein.

An verschiedenen Veranstaltungen hatten die Jugendlichen Gelegenheit, sich zu verschiedenen Themen zu äussern. Zentral war dabei folgende Frage: „Wie soll die Zukunft der Berggebiete von morgen aussehen?“. Dazu wurden auch vier Workshops zu folgenden Themen organisiert:

- Raumplanung und wirtschaftliche Entwicklung
- Sport, Verkehr, Tourismus
- Energie, Klima, Beherbergung
- Das Leben im Berggebiet im Allgemeinen (Dienstleistungen, Kultur, Ausbildung)

Parallel dazu wurden auch vier mögliche Szenarien für die Region Rhône-Alpes im Zusammenhang mit der Vision 2040 erarbeitet. Es wurden vier mögliche Szenarien entwickelt:

1. „Au Fil de l'eau“

Der Wintertourismus ist vom Klimawandel besonders betroffen. Langfristig dürften sich hier hauptsächlich höher gelegene Tourismusdestinationen behaupten, während tiefer gelegene Skigebiete Mühe haben werden, Gäste anzulocken. Eine gute Möglichkeit wäre hier, vermehrt auf den Sommertourismus zu setzen.

2. „Atout montagne“

Mithilfe einer guten Marketingstrategie offeriert die Region „Rhône-Alpes beispielsweise das Konzept „tourisme en montagne“, in welchem verschiedenste touristische Angebote für Gäste jeden Alters und Einkommens anbieten. Dank dieser vielseitigen touristischen Promotion gehört „Rhône-Alp“ zu den Top- Trenddestinationen.

3. „La sancturation“

Auch wenn ein vielseitiges touristisches Angebot wichtig ist, so darf auch die Nachhaltigkeit im Tourismusbereich nicht unterschätzt werden. Insbesondere jüngere Rentner bevorzugen ruhigere Feriendestinationen, bei denen Wert auf nachhaltigen Tourismus gelegt wird.

Diese Gäste kehren auch dann zu ihren Lieblingsferienorten zurück, wenn es anderswo ein günstigeres und attraktiveres Programm gibt.

4. „Parc d’attraction:

Viele Tourismusdestinationen im Berggebiet müssen ihre Dienstleistungen dem Klimawandel anpassen. Langfristig gesehen können sie aus finanziellen Gründen nicht mehr auf Schneekanonen setzen, sondern müssen neue touristische Angebote entwickeln. Viele Bergregionen werden daher in Zukunft als „Freizeitpark“ für nahe gelegene urbane Regionen dienen.

Die Ergebnisse dieser Workshops dienen als Grundlage für die Strategie „Montagne 2040“ der Region Rhône-Alpes. „Montagne 2040“ hat aber auch europaweit Beachtung gefunden. Im Jahr 2012 wurden verschiedene Veranstaltungen organisiert. Das europäische Jugendparlament hat beispielsweise am 11. und 12. Juli 2012 in Aix-les-Bains getagt. Dabei haben dutzende von Jugendlichen aus über zehn europäischen Ländern teilgenommen.

Die Strategie „Montagne 2040“ soll aber auch Input liefern für eine zukünftige makroregionale Strategie für die Alpen. Die Region „Rhône-Alpes“ engagiert sich in diesem Prozess in zwei Bereichen: Einerseits im Interreg-Programm „Alpine Space“, und andererseits bei der „Initiative der alpinen Regionen“, welche am 12. Oktober in Innsbruck präsentiert wurde.

Eine räumliche Strategie für die alpin geprägten Regionen

Fadri Ramming



Inhalt des Referats

1. Zweck der Strategie
2. Grundsätzliche Gedanken
3. Herausforderungen für den Alpenraum
4. Ziele – Struktur – Dynamik – Handlungsfelder
5. Umsetzung der Strategie
6. ... und zurück zum Raumkonzept Schweiz

Zweck

- Konkretisierung des Raumkonzepts Schweiz
- Positionierung des Alpenraums
- Beitrag zur Politik für die ländlichen Räume

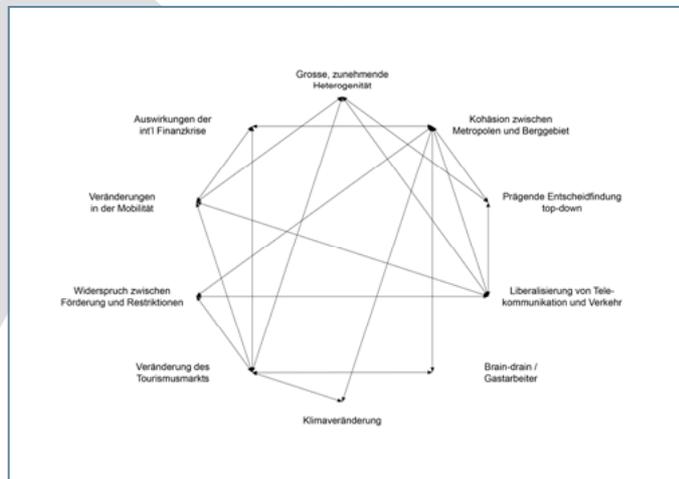


Einige grundsätzliche Gedanken

- Recht und Realität
- Bewusstsein und Berücksichtigung
- Eigenständigkeit und Subventionen
- Selbstverständnis und Selbstbewusstsein



Herausforderungen



DIE GEBIRGSKANTONE

27 Orte, 1000 km² Fläche, 100 000 Einwohner
27 Orte, 1000 km² Fläche, 100 000 Einwohner

Ziele

1. **Attraktivität und Funktionsfähigkeit** erhalten und verbessern
2. **Partnerschaft** mit den benachbarten Regionen, den Metropolitanräumen der Schweiz und des benachbarten Auslands stärken
3. **Nachhaltige Entwicklung** unter Berücksichtigung der **Bedürfnisse und Ansprüche** der Bewohner, Besucher und Nutzer des Alpenraums
4. **Handlungsmöglichkeiten** regional **differenzieren** und ein regional angepasstes Handeln **ermöglichen und fördern**



DIE GEBIRGSKANTONE

27 Orte, 1000 km² Fläche, 100 000 Einwohner
27 Orte, 1000 km² Fläche, 100 000 Einwohner

Struktur (3 von 3)

Gemäss Analyse Gebirgskantone

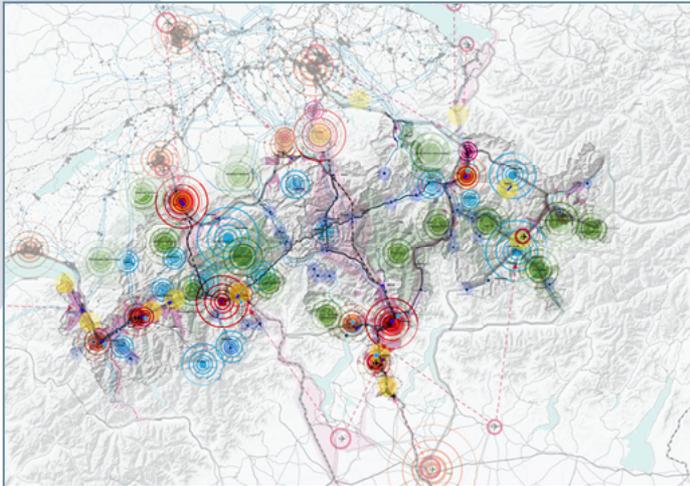


DIE GEBIRGSKANTONE

Die Gebirgskantone sind die Kantone Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden, Glarus, Appenzell A. u. S., Appenzell O. u. S., Valais, Graubünden, Ticino und die Region des Jura.

Dynamik

Gemäss Analyse Gebirgskantone



DIE GEBIRGSKANTONE

Die Gebirgskantone sind die Kantone Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden, Glarus, Appenzell A. u. S., Appenzell O. u. S., Valais, Graubünden, Ticino und die Region des Jura.

Strategische Handlungsfelder

1. Weiterentwicklung von Erschliessung und Erreichbarkeit
2. Sicherung der Wertschöpfung aus den naturgebundenen Potenzialen
3. Diversifizierung der wirtschaftlichen Dynamik im Alpenraum
4. Konkretisierung lokaler Strategien der Raumentwicklung



Umsetzung der Strategie

- Regional differenzierte Umsetzung
- Schlüsselprojekte und Projekträume
- Governance



... zurück zum Raumkonzept Schweiz

- Verfeinerung und stärkere Differenzierung bei den Handlungsräumen im alpinen Raum
- Aufwertung Siedlungen und Landschaften durch mehrere Unterstrategien
- Aspekte Energie und Telekommunikation stärker einfließen lassen



www.gebirgskantone.ch



DIE GEBIRGSKANTONE
Regierungskonferenz der Gebirgskantone
Conférence gouvernementale des cantons alpins
Confederaziun dals governs dal cuntee alpin
Confederaziun dals regiuns dals cunteeis alpins

Ergebnisse der Gruppenarbeiten an der Fachtagung der SAB vom 30. August 2013 in Glarus

Thomas Egger

Die nachfolgende Auflistung enthält die Wiedergabe der Ergebnisse der Gruppenarbeiten an der Fachtagung. Sie widerspiegelt damit die Meinung der anwesenden Teilnehmer und wird nicht weiter ausgewertet oder kommentiert.

Vision	Strategie	Massnahmen
Das Berggebiet setzt seine Ressourcen ganzjährig und sektorübergreifend nachhaltig in Wert.	Dezentralisieren statt Zentralisieren (Schulen, Ausbildung, Gesundheit, Verwaltung, Arbeit)	
Espace de vie pour l'ensemble de la Suisse Droit à la modernité – droit à l'activité économique, d'où la nécessité d'une complémentarité positive avec les agglomérations.	Occupation décentralisée du territoire (ne vaut pas seulement pour le secteur agricole)	<ul style="list-style-type: none"> - La vision doit être rédigée de telle manière à ce qu'elle peut être déclinée pour les régions qui eux ont des caractéristiques très variées. - La Vision doit rechercher l'USP de la montagne. - Inciter a (refaire) des programmes régionaux intégrés. - Maintenir le socle de la péréquation financière intercantonale (moyens).
Das Berggebiet ist selbstbestimmt überlebensfähig.	<ul style="list-style-type: none"> - Wertschöpfung vor Ort behalten - Vernetzung und Partnerschaften fördern - Ideen umsetzen - Bildungseinrichtungen - Erreichbarkeit sicherstellen – Chance Telekommunikation - Regionale Eigenheiten zulassen und pflegen 	
Tauschgerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit		<ul style="list-style-type: none"> - Abwanderung stoppen – Arbeitsplätze schaffen - Informatikzentrale / Computerfarm, benötigen Strom - > Produktionspotenzial - Solarstrom nutzen -> Stromleitungen - Bewilligungsverfahren

		<p>vereinfachen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einheimische wandern ab, ortsfremde Personen kommen. Ausserhalb der Bauzone werden Höchstpreise für verfügbare Objekte bezahlt. - Milizsystem am Ende? -> Prozessunterstützung z.B. für Baubewilligungsverfahren - Ausbildung von Generalisten - Grossraubtiere haben keinen Platz. Schweiz ist Kulturgebiet. Reine Natur gibt es nicht mehr. - Berggebiet ist kein Restgebiet sondern hat eigene Identität - Raumplanungsabläufe sind zu langsam - Umnutzung von Industrie- und Gewerbebezonen sowie nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Gebäuden - Werte im ländlichen Raum fehlen im urbanen Umfeld - Beiträge mit Vorschriften versus Mittel für Globalbudget ohne Auflagen - Austausch zwischen Stadt und Land via Steuern - Steuerreduktionen für Gebiete mit Abwanderung.
Die Berggebiete und ländlichen Räume sind auch Motor der Schweiz		Berggebiet und ländlicher Raum sind nicht identisch
<p>Die Berggebiete sind lebendig, nachhaltig, gleichwertig, selbstbewusst</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berggebiete und ländliche Räume als gleichwertige Komplementärräume zu den Agglomerationen - La montagna, cuore della Svizzera che dà forza ed energia - Das Berggebiet ist eine lebende, vielfältige Region mit einem Gleichgewicht zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren. 	<ul style="list-style-type: none"> - Grössere finanzielle Autonomie - Raumplanung interregional koordinieren - Politischer „Rat der Berggebiete“ - Risveglio montagna -> culturale (selbstbewusst), -> sociale (paesi, città, quartieri), -> economico (equilibrio, Rahmenbedingungen) - Ernährungssouveränität - Energieautarkie - Standortnachteile abbauen - Berggebiete bestimmen sich über lange Zeit selber 	

<ul style="list-style-type: none"> - Das Berggebiet ist eine eigenständige Region - La montagne est un milieu innovateur, optimal et durable (accessibilité, durabilité, proximité). - Nachhaltige Entwicklung der Berggebiete gewährleisten durch Umsetzung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. - Lebensfähiges Berggebiet - Lo spazio alpino come polmone verde d'Europa -> Montagna come Lebensraum -> prossimità, cooperazione, aiuto - Wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Lebensraum mit zufriedenen Menschen. - Die Strukturen der Berggebiete müssen lebensfähig sein. 	<ul style="list-style-type: none"> - Bindeglied entwickeln zwischen Stadt und Land - Regional differenzierte Handlungsmöglichkeiten sicherstellen. - Zusammenwirken von Wohlstand, Standortattraktivität, positiven Zukunftsaussichten und Kohäsion. 	
<p>Die Berggebiete sind ein belebter und nachhaltig bewirtschafteter Kulturraum</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bewohnt -> Lebensqualität, Anpassungsfähigkeit Kulturlandschaft -> Pflege, Stabilisierung - Nachhaltig bewirtschaftet -> erneuerbare Energie, nachhaltige Landwirtschaft, nachhaltiger Tourismus - Erreichbarkeit -> Verkehr, Telekommunikation 	<ul style="list-style-type: none"> - Entwickeln von Fähigkeiten (connaissances) - Risiken minimieren (Fragilität der Lebensbedingungen im Berggebiet berücksichtigen))

Medienspiegel

Datum: 31.08.2013

DIE SÜDOSTSCHWEIZ

AUSGABE GLARUS

Die Südostschweiz
8750 Glarus
055/ 645 28 28
www.suedostschweiz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 7'540
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 260.10
Abo-Nr.: 1045249
Seite: 2
Fläche: 45'560 mm²

«Kreativ genutzt, ist das Gesetz eine Chance für Glarus Süd»



Untrennbare Interessen: Am Podium kämpfen (von links) Raimund Rodewald, Stephan Scheidegger, Richard Kämpf und Peter Furger für ein realisierbares Zweitwohnungsgesetz. Bild Brigitte Tiefenauer

Am Podium der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB) zum Entwurf des Zweitwohnungsgesetzes wurde befürchtet, das Gesetz werde zu sehr verwässert. Laut den Referenten hat es aber auch viele gute Seiten.

Von Brigitte Tiefenauer

Glarus. – Am Ende des Podiums ist Raimund Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz rundum inspiriert: «Würden wir etwas kreativer denken, wäre das Zweitwohnungsgesetz

durchaus eine Chance», so sein Fazit, «auch für Glarus Süd.»

Rodewald gibt sich schon am Podium sehr engagiert. Alles daran setzen müsse man, dass die Berggebiete nicht völlig entvölkert würden, so sein oberstes Ziel. Dafür dürfe das Gesetz nicht unendlich verwässert werden. «Zu viele Ausnahmen, mögliche Schlupflöcher und der stete Gedanke daran, wie man trotz Einschränkungen weiterhin auf die grüne Wiese bauen kann, führen am Ziel vorbei.»

Weiter rät Rodewald: «Wir müssen stattdessen die Entwicklung nach in-

nen lenken, Leerwohnungen umbauen und umnutzen und Ortskerne am Leben erhalten, indem wir zum Beispiel den Mut zeigen, maroden Hotels wieder auf die Beine zu helfen.» Er wünscht sich ein klares, knappes Gesetz, das sich in den Gemeinden auch umsetzen lasse. Denn diese hätten letztlich das dicke Los dazu gezogen.

Das Podium im Schützenhaus Glarus war Teil der Generalversammlung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete. Unter der Moderation von Thomas Egger debattierten vor rund 100 Teilnehmern aus der

ARGUS
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung
Medienanalyse
Informationsmanagement
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01
www.argus.ch

Argus Ref.: 51006545
Ausschnitt Seite: 1/2
Bericht Seite: 19/33

Datum: 31.08.2013 DIE SÜDOSTSCHWEIZ AUSGABE GLARUS			
Die Südostschweiz 8750 Glarus 055/ 645 28 28 www.suedostschweiz.ch	Medienart: Print Medientyp: Tages- und Wochenpresse Auflage: 7540 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich	Themen-Nr.: 260,10 Abo-Nr.: 1045249 Seite: 2 Fläche: 45'560 mm²	

ganzen Schweiz neben Rodewald Stephan Scheidegger, der stellvertretende Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung – er stellte den Gesetzesentwurf vor –; Richard Kämpf, Leiter des Ressorts Tourismus vom Wirtschaftskompetenzzentrum des Bundes (Seco), mit Informationen über mögliche Bundesfinanzierungen; sowie Peter Furger, Unternehmensberater mit Schwerpunkt Tourismus.

Referent Furger konstatiert eine unglückliche Entwicklung im Tourismus: «Die Schweiz hat in den vergangenen zehn Jahren viel in Zweitwohnungen investiert – und damit auch grosse Projekte wie Bergbahnen und Hotels quersubventioniert.»

Quartiere neu bevölkern

Bedauerlich ist laut Furger heute, dass diese Finanzquelle in Milliardenhöhe mit dem Zweitwohnungsgesetz «auf einen Schlag» wegfallen soll. Da seien die 400 bereitgestellten Millionen von Bund und Kanton ein Tropfen auf den heissen Stein. «Wir müssen zusehen, dass Betriebsstätten nicht nur erhalten, sondern auch finanziert werden. Hingegen müssen wir qualitativ ungenügende Zweitwohnungen eliminieren und dafür Raum für neue schaffen.» Im Zentrum der Entwicklungspolitik stehe letztlich der Mensch, erinnert Furger. Sein Appell: Wir müssen alles tun, um die Leute in den Berggebieten zu halten.

Überzeugend kommt die Idee an, leerstehende Wohnungen auf einer regionalen Plattform zu vermieten und ihre Besitzer zu animieren, die Objekte instand zu halten. So würden entsprechende Quartiere neu bevölkert.

ARGUS MEDIENBEOBSACHTUNG	Medienbeobachtung Medienanalyse Informationsmanagement Sprachdienstleistungen	ARGUS der Presse AG Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01 www.argus.ch	Argus Ref.: 51006545 Ausschnitt Seite: 2/2 Bericht Seite: 20/33
------------------------------------	--	--	---

Datum: 06.09.2013

BAUERNZEITUNG

NORDWESTSCHWEIZ, BERN UND FREIBURG

BauernZeitung / Nordwestschweiz, Bern + Freiburg
3000 Bern 25
031/ 958 33 29
www.bauernzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 9'601
Erscheinungsweise: wöchentlich



Themen-Nr.: 260.10
Abn.-Nr.: 1045249
Seite: 105
Fläche: 38'235 mm²

Gegen eine Bevormundung

SAB / Diskussion über die Folgen der Zweitwohnungsgesetzgebung und die Weiterentwicklung des Berggebiets.



SAB-Präsident Ständerat Isidor Baumann will die junge Generation in den Entwicklungsprozess im Berggebiet einbinden. (Bild: Josef Kistmann)

GLARUS ■ Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) diskutierte anlässlich ihrer Delegiertenversammlung in Glarus die Folgen der Zweitwohnungsgesetzgebung und die Weiterentwicklung des Berggebiets.

Einsatz für annehmbare Zweitwohnungsverordnung

Der Urner Ständerat Isidor Baumann ging auf die Auswirkungen der Zweitwohnungsgesetzgebung ein. Im Nachgang des unglücklichen Abstimmungsergebnisses habe die SAB sich nicht auf die Kritik der negativen Auswirkungen für das Berggebiet beschränkt, sondern sich mit Zahlen und Fakten für eine erträgliche Verordnung und jüngstens für ein annehmbares Gesetz verwendet.

Mit Volksinitiativen, Inventaren, Gesetzen und Reglementen werde immer mehr versucht zu definieren, was die Bergbevölkerung in ihrem Lebensraum nicht mehr tun dürfe oder zu akzeptieren hätte. «Wir lassen uns diesbezüglich nicht bevormunden und deshalb wollen wir, dass die SAB sich für die Bergregionen einsetzt», betonte Präsident Isidor Baumann.

ARGUS
MEDIENBEOBSACHTUNG

Medienbeobachtung
Medienanalyse
Informationsmanagement
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01
www.argus.ch

Argus Ref.: 51081153
Ausschnitt Seite: 1/2
Bericht Seite: 21/53

Datum: 06.09.2013 BAUERNZEITUNG NORDWESTSCHWEIZ, BERN UND FREIBURG			
BauernZeitung / Nordwestschweiz, Bern + Freiburg 3000 Bern 25 031/ 958 33 29 www.bauernzeitung.ch	Medienort: Print Medientyp: Fachpresse Auflage: 9601 Erscheinungsweise: wöchentlich	Themen-Nr.: 260.10 Abo-Nr.: 1045249 Seite: 105 Fläche: 38'235 mm²	

Im 70. Jahresbericht der SAB ging Direktor Thomas Egger auf die wichtigsten Aktivitäten im Jahr 2012 ein. Die Abstimmung zur Zweitwohnungsinitiative ging zwar verloren, die SAB habe sich danach aber erfolgreich für eine annehmbarere Zweitwohnungsverordnung eingesetzt und Forderungen für flankierende Massnahmen im Tourismus einbringen können. Die Motion von a. SR Theo Maissen, vormalig Präsident der SAB, habe bewirkt, dass der Bund eine Strategie für die Berggebiete und ländlichen Räume erarbeiten muss und die SAB sich aktiv in diesen Prozess eingebracht hat. Dies, zwei von vielen weiteren Aktivitäten, die dem Jahresbericht zu entnehmen sind. Die ordentlichen Traktanden der GV passierten alle problemlos.

Eine möglichst gute Wertschöpfung als Ziel

Im Anschluss ans Podiumsgespräch zur Zweitwohnungssetzung und zur Fachtagung «Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume» brachten die Gruppenarbeiten der Anwesenden unter der Leitung von Direktor Thomas Egger Folgendes zutage: Das Berggebiet sieht seine Weiterent-

wicklung nach wie vor in der Land- und Alpwirtschaft, wobei eine möglichst hohe Wertschöpfung in der Region anzustreben ist, aber auch beim Tourismus und wo dies möglich ist, im gewerblichen/industriellen KMU-Bereich. Die vorherrschende Meinung geht eher in Richtung Nutzen und Wertschöpfung und weniger Richtung Schutz und zweckgebundene Beiträge.

In der Diskussion wurde klar, dass das Berggebiet möglichst viel selber mitbestimmen will, wohin die Entwicklung zu gehen hat und skeptisch ist gegenüber neuen Abhängigkeiten, die mit Beiträgen versisst werden. Man soll aufhören von mehr oder weniger entwickelten Regionen in der Schweiz zu sprechen, denn gewisse Regionen seien nicht weniger, sondern anders entwickelt und deshalb nicht als künftige Almosenempfänger, sondern als gleichberechtigte Partner unserer Gesellschaft zu respektieren. In seinem Schlusswort forderte Präsident Isidor Baumann von seinen Mitgliedern: «Ihr müsst die junge Generation möglichst früh in den Entwicklungsprozess der Gemeinden einbinden, denn nur so kann die Abwanderung verhindert werden.» *Josef Kottmann*

 ARGUS MEDIENREOBSCHTUNG	Medienbeobachtung Medienanalyse Informationsmanagement Sprachdienstleistungen	ARGUS der Presse AG Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01 www.argus.ch	Argus Ref.: 51081153 Ausschnitt Seite: 2/2 Bericht Seite: 22/53
--	--	--	---